

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 25. Juli 1958

Blatt 1585

Wiener Landesregierung bewilligte 14,8 Mill.S Wohnbaudarlehen

=====

25. Juli (RK) Die Wiener Landesregierung bewilligte heute auf Antrag von Stadtrat Slavik neue Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz für gemeinnützige Bauvereinigungen und für Einfamilienhäuser in der Gesamthöhe von 14,830.500 Schilling. Mit diesem Darlehensbetrag können 118 Wohnungen gebaut werden.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

25. Juli (RK) Montag, 28. Juli, Route 3 mit Besichtigung des Pratersterns, der Venediger Au, der Siedlung Stadlau, des Reservegartens in Hirschstetten, der Schule in Kagran und verschiedener Wohnhausanlagen im 2. und 22. Bezirk.

Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

- - -

Pferdenachmarkt vom 24. Juli

=====

25. Juli (RK) Inland: Kein Auftrieb. Auslandsschlachthof: 22 Stück aus Bulgarien, Preise: 6.- bis 6.30 S, 22 Stück aus Rumänien, Preise: 6.- bis 7.20 S.

- - -

Immer mehr ausländische Gäste bei den Wiener Festwochen
=====

25. Juli (RK) In dem Bericht über den Fremdenverkehr im Juni, der soeben vom Statistischen Amt der Stadt Wien veröffentlicht worden ist, wird nun auch durch Zahlen der Erfolg der diesjährigen Wiener Festwochen bestätigt. Von den Wiener Beherbergungsbetrieben wurden im Juni insgesamt 76.047 Fremde gemeldet, darunter 55.086 Besucher aus dem Ausland. Die Zahl der gemeldeten Übernachtungen betrug 220.736. Demnach kamen diesmal im Monat der Festwochen um 6.469 mehr ausländische Gäste nach Wien als im Vorjahr. Die Zahl der Übernachtungen war um rund 12.000 höher. Eine so starke Beteiligung an den Wiener Festwochen - zum ersten Mal sind mehr als 50.000 Ausländer gekommen - konnte noch in keinem Jahr verzeichnet werden. Während der Besucherzustrom aus den einzelnen Staaten zumindest gleichgeblieben ist, hat sich die Zahl der Gäste aus den Vereinigten Staaten um ein Drittel erhöht, aus Großbritannien nahezu verdoppelt.

Die meisten ausländischen Gäste kamen aus der Deutschen Bundesrepublik, nämlich 12.535. Aus den Vereinigten Staaten sind 9.340, aus Großbritannien 4.173, aus Italien 3.505, aus der Schweiz 2.449, aus Frankreich 2.085 und aus Schweden 2.067 Gäste nach Wien gekommen.

In den Jugendherbergen waren 4.411 Jugendliche einquartiert, darunter 2.298 Ausländer. Die Campingplätze wurden von 1.607 Gästen benützt. Die Zahl der Camping-Übernachtungen betrug 4.196, gegenüber 2.581 im Juni des Vorjahres.

In den Zahlen sind jene Besucher Wiens nicht enthalten, die bei Verwandten, Freunden oder in sonstigen Privatquartieren wohnen.

Wiener Gemeinderat

=====

25. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von GR. Marek (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat heute mittag zusammen, um vor allem über die Tarifänderungen bei den Wiener E-Werken zu beraten. Die übrigen Punkte der 45 Posten umfassenden Tagesordnung wurden ohne Debatte genehmigt.

Es lag eine Anfrage der VO vor, ferner ein Antrag der VO, betreffend "Unterstützung des Protestes der Bundesregierung gegen die Verletzung der Neutralität und Souveränität Österreichs durch Verbände der USA-Luftflotte". Die dringliche Behandlung wurde dabei verlangt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden. Schließlich beschäftigt sich ein Antrag der VO mit der Reinigung des Stadlauer Strandbades.

Die neuen Strompreise genehmigt

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) referierte über die Änderung der Tarife der Wiener E-Werke. Er erinnerte daran, daß die Tarife zum letzten Male im Zusammenhang mit dem 5. Lohn- und Preisabkommen im Jahre 1951 reguliert wurden; 1955 hat man jedoch die Grundpreise gestrichen, bzw. weitgehend reduziert.

Die heute vorgelagte Tarifregulierung ist nicht nur eine Sache der Wiener E-Werke, sondern betrifft die gesamte Elektrizitätswirtschaft Österreichs. Die Notwendigkeit dafür ist durch die Verteuerung des Stromes aus dem Verbundnetz sowie durch verschiedene andere Kostenerhöhungen gegeben. Allein auf dem Personalsektor macht seit 1951 die Erhöhung der Ausgaben 111 Prozent aus. Im Durchschnitt werden die Wiener Strompreise um 13.5 Prozent höher sein. Die neuen Tarife treten am 1. August in Kraft.

Der Berichterstatter erläuterte auch, wie sich die Erhöhung bei den Wiener Haushalten auswirken wird. Bei 52.200 Abnehmern mit einem Stromverbrauch von maximal 99 kWh pro Jahr wird sich ein Mehraufwand von 6.93 Schilling pro Jahr ergeben, bei 180.000 Abnehmern mit einem Stromverbrauch bis 199 kWh ein solcher von 7 bis 13.93 Schilling, bei 126.000 Abnehmern mit einem Verbrauch bis 299 kWh ein solcher von 14 bis 20.93 Schilling und bei 91.800 Abnehmern mit

einem Verbrauch von mehr als 300 kWh trägt der Mehraufwand pro Jahr 21 Schilling und darüber. Bei Abnehmern mit drei Tarifräumen, bei denen die Erhöhung der Grundgebühr sechs Schilling beträgt, ergeben sich folgende Zahlen: Bei 4.830 Abnehmern mit maximal 99 kWh Jahresverbrauch wird sich der Mehraufwand auf 6 bis 12.93 Schilling pro Jahr belaufen, bei 32.400 Abnehmern mit einem Verbrauch bis 199 kWh auf 13 bis 19.93 Schilling, bei 31.300 Abnehmern mit einem Verbrauch bis 299 kWh auf 20 bis 26.93 Schilling und bei 36.470 Abnehmern mit über 300 kWh auf 27 Schilling und darüber. Im Gesamtdurchschnitt, berechnet auf 713.870 Abnehmer, wird sich ein durchschnittlicher Mehraufwand von 32.20 Schilling pro Jahr oder 2.68 Schilling pro Monat ergeben. Der Mehrerlös der Wiener E-Werke wird sich auf ungefähr 105 Millionen Schilling pro Jahr belaufen; in diesem Jahr wird der Mehrerlös etwa 45 Millionen Schilling betragen. Im Vergleich zum Jahre 1937 werden die neuen Haushaltstarife auch nach der Erhöhung infolge der im Jahre 1955 beschlossenen Streichung, bzw. Reduzierung der Grundgebühren noch immer um 22.9 Prozent niedriger sein.

Abschließend stellte der Referent fest, daß jede Erhöhung selbstverständlich außerordentlich bedauerlich sei. Man könne aber aus der langen Dauer der Verhandlungen schließen, daß nicht leichtfertig vorgegangen wurde. Er glaube auch nicht, daß durch den neuen Stromtarif das Lohn- und Preisgefüge in Bewegung geraten könne. Von einem "Anschlag" auf die Wiener Bevölkerung kann also nicht die Rede sein.

Als einziger Debattenredner spricht GR. Dr. Soswinski (VO). Er stellt zunächst fest, daß den Mitgliedern des Gemeinderates nur unzureichende Unterlagen zum Studium der Anträge zur Verfügung gestellt wurden. Seit zwei Jahren verhandle man über die neuen Tarife, aber in keiner parlamentarisch gewählten Körperschaft war es bisher möglich dazu Stellung zu nehmen. Stadtrat Dkfm. Nathschläger vertritt zum dritten Male seit seiner Tätigkeit als Stadtrat eine Tarifierhöhung, aber er habe es sich noch nie so leicht gemacht wie heute.

Der Redner beschäftigt sich dann im einzelnen mit den vom Referenten angeführten Ziffern und versucht nachzuweisen, daß die Strompreiserhöhung im Gegensatz zur Ansicht von Stadtrat Dkfm. Nathschläger sehr wohl größere Auswirkungen haben könnte.

Erfahrungsgemäß sei eine Tarifierhöhung das Signal für Dutzende Preiserhöhungen. Es wäre zweifellos richtiger gewesen, das Geld anstatt für Steuernachlässe für den Ausbau von Energiewerken zu verwenden. Der Ausbau der Kraftwerke wäre seit Jahren hinreichend gewährleistet gewesen, wenn man nicht Hunderte von Millionen für das Notopfer an den Bund hätte verwenden müssen. Wir werden nicht ruhen, bis dieses Notopfer gefallen ist. Der arbeitende Mensch wird sich nicht anders zur Wehr setzen können, als dadurch, neue Lohnforderungen zu stellen, die dann allerdings keine Besserung der Lebenshaltung, sondern nur den notwendigen Ausgleich für die schon eingetretenen Preiserhöhungen bedeuten. In der nächsten Sitzung werden wir uns mit der Regulierung der Bezüge der Befürsorgten dieser Stadt befassen müssen, die keine Möglichkeit haben, Lohnforderungen zu stellen.

Die vorliegenden Anträge belasten die Wiener Bevölkerung mittelbar und unmittelbar. Sie stellen auch keine Lösung für die Probleme der Wiener Energieversorgung dar und werden daher von der VO abgelehnt.

In seinem Schlußwort sagte Stadtrat Dkfm. Nathschläger unter anderem: Wo gibt es noch einen Tarif oder Preis, der gegenüber dem Jahre 1937 nicht nur nicht gestiegen, sondern, wie beim Haushaltstarif für Strom, sogar gesunken ist?

Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Berichterstatters gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Über die folgenden Vorlagen mußte wegen der ungenügenden Aufliedgedauer berichtet werden. Sie wurden alle ohne Debatte einstimmig angenommen.

Zunächst referierte Stadtrat Mandl (SPÖ) über die Erhöhung des Sachkredites für den zweiten Bauteil der Stadthalle um 15,3 Millionen Schilling und den dritten Bauteil, die Haupthalle, um 31,69 Millionen. Er gab abschließend die Gesamtbaukostensumme für die Wiener Stadthalle bekannt, sie beträgt (erster, zweiter und dritter Bauteil zusammen) 249,850.000 Schilling. Hätten wir gewußt, so schloß der Referent, welche Summen diese Halle erfordern wird, wir hätten uns vielleicht den Bau überlegt. Aber Gott sei Dank haben wir es nicht gewußt, und heute können wir auf unsere Stadthalle stolz sein!

Im folgenden referierte Stadtrat Thaller (SPÖ) über eine

Sachkrediterhöhung für die städtische Wohnhausanlage 19, Dölbinger Hauptstraße 87, und GR. Jodlbauer (SPÖ) über Sachkrediterhöhungen für die städtische Wohnhausanlage 19, Heiligenstädter Straße, sowie für den Umbau des Schlosses Tribuswinkel in ein Kindererholungsheim.

GR. Wohlmuth (ÖVP) berichtete über Änderungen der Kundmachung über die Friedhofsordnung. Unter anderem wird die Gebühr für das Befahren eines städtischen Friedhofs mit einem Auto von zwei auf fünf Schilling erhöht.

Als letztes wurde nach einem Referat von GR. Skokan (ÖVP) ein Übereinkommen zwischen den Wiener Stadtwerken und den Gemeinden Gumpoldskirchen und Guntramsdorf genehmigt. Es handelt sich dabei um die Rückgabe von Bestattungskonzessionen.

Hierauf wird der Antrag der Gemeinderäte Lauscher und Genossen (VO), betreffend "Unterstützung des Protestes der Bundesregierung gegen die Verletzung der Neutralität und Souveränität Österreichs durch Verbände der USA-Luftflotte" behandelt.

In seiner Begründung für die dringliche Behandlung des Antrages führte GR. Lauscher aus, daß die Verantwortlichen in Amerika durch das Überfliegen österreichischen Hoheitsgebietes mit Militärflugzeugen einen für Österreich sehr gefährlichen Präzedenzfall geschaffen haben, was in der Zukunft schwerwiegende Folgen haben könnte. Es wäre daher dringend geboten, daß der Gemeinderat den Protest der Bundesregierung gegen die Neutralitätsverletzung unterstützt und die Bundesregierung ersucht, sich an den Sicherheitsrat der UNO zu wenden und Maßnahmen zur Sicherung der Souveränität und Neutralität unseres Landes zu verlangen.

Bei der Abstimmung wird dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt und er zur weiteren Behandlung dem Magistrat zugewiesen.

Vorsitzender GR. Marek schließt die letzte Sitzung vor den Sommerferien mit guten Urlaubswünschen für die Gemeinderäte. (Allgemeiner Beifall).

Schluß der Sitzung um 14 Uhr.

- - -

Gemeinderat bewilligt 1.089 neue Wohnungen
=====

Auch das Eckhaus Neubaugasse-Westbahnstraße - Großbauten im 2.,

21. und 22. Bezirk

25. Juli (RK) Unter den Geschäftsstücken, die heute der Wiener Gemeinderat ohne Debatte angenommen hat, waren auch die Entwürfe und die Kosten für neun neue städtische Wohnhausanlagen mit zusammen 1.089 Wohnungen, 25 Geschäftslokalen, 10 Ateliers und 8 Büros. Die Gesamtbaukosten werden mit 140,340.000 Schilling angenommen, von welchem Betrag heuer noch 31,1 Millionen Schilling verbraucht werden sollen.

Es handelt sich um folgende Bauplätze:

1. Bezirk: Gonzagagasse 7 - Rudolfsplatz 8 (47 Wohnungen, 5 Geschäftslokale).

2. Bezirk: Handelskai - Machplatz - Engerthstraße (385 Wohnungen, 4 Ateliers, 8 Geschäftslokale).

7. Bezirk: Westbahnstraße 1 - Neubaugasse 35 (54 Wohnungen, 6 Ateliers, 9 Geschäftslokale, 8 Büros).

14. Bezirk: Linzer Straße 374 (21 Wohnungen).

16. Bezirk: Rosegggasse 27 (15 Wohnungen).

19. Bezirk: Greinergasse 16 (16 Wohnungen); Hamecaustraße - Celtesgasse (74 Wohnungen).

21. Bezirk: Sterbersdorf, Rußbergstraße - Roda-Roda-Gasse - Meriangasse (228 Wohnungen, 3 Geschäftslokale).

22. Bezirk: zwischen Schüttaustraße und Kaisermühlendamm, 4. Bauabschnitt (249 Wohnungen).

- - -

Ab Montag:Straßenbahnlinie 158 mit Autobus
=====

25. Juli (RK) Nun ist es so weit: Am Sonntag wird zum ersten Male in Wien eine Straßenbahnlinie eingestellt. Der Hundertachtundfünfziger fährt zum letzten Male elektrisch. Ab Montag, den 28. Juli, wird dieses Linienzeichen ein städtischer Autobus tragen. Die schon vor einiger Zeit angekündigte Umstellung von Straßenbahnlinien auf Autobusbetrieb hat damit begonnen. Auf den Autobussen, die als Ersatz für die Straßenbahn eingesetzt werden, gilt selbstverständlich der Straßenbahntarif. Die Busse fahren von der Hietzinger Hauptstraße, vor Spohrstraße (Verbindungsbahn Unter-St. Veit), über die Spohrstraße - Meytensgasse - Mantlergasse bis zur Hietzinger Hauptstraße vor der Glasauergasse. Die bisherigen Straßenbahnhaltestellen werden von den Autobussen eingehalten. Provisorische Haltestellen wurden jedoch in der Richtung stadtauswärts in der Hietzinger Hauptstraße vor Glasauergasse errichtet und in der Gegenrichtung in der Hietzinger Hauptstraße nach der Einsiedeleigasse. Der erste Autobus von Unter-St. Veit fährt um 5.39 Uhr, der letzte um 23.30 Uhr. Der erste Autobus von Ober-St. Veit fährt um 5.46 Uhr, der letzte um 23.37 Uhr.

- - -

Zur Umstellung der Straßenbahnlinie 158
=====

25. Juli (RK) Wie der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dkfm. Nathschläger zu der ersten Umstellung von Straßenbahn auf Autobusbetrieb der "Rathaus-Korrespondenz" mitteilt, werden auf der Linie 158 je nach Bedarf Autobusse mit 42 Plätzen im Einmannverkehr und solche mit 50 Plätzen im Zweimannbetrieb verwendet werden. Der Einmannbetrieb wird an Werktagen in der Zeit von 8.39 bis 16.03 Uhr und ab 19.42 Uhr bis Betriebsschluß um 23.30 Uhr durchgeführt. Je nach der Fahrgastfrequenz wird auch an Sonntagen der Verkehr entweder im Einmann- oder im Zweimannbetrieb abgewickelt.

Mit dieser Umstellung einer verhältnismäßig kurzen Anschlußlinie auf den Autobusbetrieb wird praktisch der erste Schritt im Rahmen des Umstellungsprogrammes gemacht. Weitere Linien werden nach Anlieferung der erforderlichen Autobusse, bzw. im Einklang mit dem notwendigen Bau von neuen Garagen folgen. Neben den ursprünglich in Aussicht genommenen Linien wird auch überlegt, die Linien 106 und 72 auf Autobusse umzustellen.

- - -

500 Sudetendeutsche zu Besuch in Wien
=====

25. Juli (RK) Die Ackermann-Gemeinde ist eine Vereinigung katholischer Sudetendeutscher, die in Bayern eine neue Heimat gefunden haben. Die 500 Personen starke Reisegruppe kam heute nachmittag mit Autobussen aus München in Wien an und fuhr direkt auf den Rathausplatz. Dort wurden sie im Namen der Stadt Wien von Vizebürgermeister Weinberger willkommen geheißen. Auch Vertreter der Deutschen Botschaft hatten sich zur Begrüßung eingefunden. In Wien, so sagte der Vizebürgermeister, ist noch immer der Geist der Verständigung lebendig. Wir machen keinen Unterschied, ob jemand da oder dort geboren ist. Die Sudetendeutschen begrüße er jedoch bei ihrem Besuch in ihrer alten Hauptstadt besonders herzlich.

- - -